Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 29.11.2022

Dezernat: II / Fachdienst Bildung und Sport
Bearbeiter/in: Frau Schmidt
Telefon: (0385) 5 45 20 13

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

00663/2022

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Festsetzung der Aufnahmekapazitäten der öffentlichen Grund- und weiterführenden Schulen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Schwerin

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung beschließt die Aufnahmekapazitäten der Grundschulen und weiterführenden Schulen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Schwerin ab dem Schuljahr 2023/2024 entsprechend der beigefügten Anlagen 1 und 2.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Kapazitätsfestlegung für die Grund- und weiterführenden Schulen

Gemäß § 45 Abs. 3 Satz 1 SchulG M-V in Verbindung mit der Schulkapazitätsverordnung M-V legt der Schulträger die Aufnahmekapazität seiner Schulen fest. Diese sieht derzeit einen Richtwert von 1,9 qm je Schülerarbeitsplatz vor.

Mit den Schulkapazitäten soll das Maß der räumlichen Aufnahmefähigkeit einzelner Schulen bestimmt werden. Einerseits soll den räumlichen Gegebenheiten einer Schule genüge getan werden; andererseits sollen Schulen vor dem „Überlaufen“ geschützt werden.

Entsprechend § 45 Abs. 2 SchulG M-V ist die Aufnahmekapazität einer Schule so zu bemessen, dass nach Ausschöpfung der verfügbaren Mittel unter den personellen, sächlichen und fachspezifischen Gegebenheiten die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule noch gesichert ist.

Vor dem Hintergrund einer homogenen Schullandschaft ist es erforderlich, neben der Gesamtkapazität auch die Eingangskapazität für o.g. Schulen festzulegen, um einen dem Grunde nach einklagbaren Aufnahmeanspruch abzuwehren. Die Festlegung der Kapazitäten erfolgte unter Beachtung der Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Landeshauptstadt Schwerin.

Darüber hinaus bildeten vorhandene Grundrisspläne bzw. Vor-Ort-Begehungen sowie Rücksprachen mit Schulleitungen die Grundlage für die Festlegung der Kapazitäten. Bei sich im Bau befindlichen Schulen erfolgte eine Einzelfallabwägung.

Im Grundschulbereich wird die Schülerzahl grundsätzlich auf max. 26 Schülerinnen und Schüler (SuS) pro Klasse und im weiterführenden Bereich auf max. 28 SuS pro Klasse festgelegt und soll somit den zukünftigen Inklusionsgedanken widerspiegeln. Aufgrund baulicher Gegebenheiten ergeben sich ggf. Abweichungen in der Gesamtkapazität. Bei der Betrachtung der maximalen Kapazitäten wurden grundsätzlich geeignete Klassenräume, jedoch nicht die Fachunterrichtsräume herangezogen.

Bei der Festlegung der maximalen Kapazitäten ergeben sich folgende Besonderheiten:

Die **Grundschule Fritz Reuter** ist als 2-zügige Grundschule ausgewiesen. Bei Bedarf kann hier alternierend eine 3-Zügigkeit eingerichtet werden, indem Fachunterrichtsräume ohne spezifische Ausstattung in Klassenräume umgewandelt werden könnten. Eine durchgängige 3-Zügigkeit ist aufgrund der Anzahl der zu Verfügung stehenden Räume jedoch nicht möglich.

Bei der **Grundschule Heinrich Heine** wurde aufgrund der baulichen Gegebenheiten nach der Sanierung (Wandvorsprünge, zweiter Fluchtweg) eine Reduzierung der Kapazität in einzelnen Räumen notwendig. Die Maximalkapazität in den Eingangsklassen wurde demnach auf eine Anzahl von 78 auf 76 SuS reduziert.

Bei der **Grundschule Lankow** und der **Astrid-Lindgren-Schule (Grundschulteil)** wird mit Schuljahresbeginn 2023/2024 die kleine Schulwerkstatt im Rahmen der esE-Förderung (emotional-soziale Entwicklung) mit einer jahrgangsübergreifenden Lerngruppe eingeführt. In diesen Gruppen lernen bis zu 12 SuS in einer temporären Beschulung. Der Bezug zur Regelklasse bleibt dabei erhalten. Aus diesem Grund wurde eine Reduzierung der Eingangskapazität um jeweils 3 SuS je Klassenstufe vorgenommen. Somit ist gewährleistet, dass im gemeinsamen Unterricht entsprechende Schülerarbeitsplätze temporär zur Verfügung stehen.

Nach einem einjährigen Durchlaufen der Startphase sollte eine Überprüfung erfolgen.

Bei der **Grundschule im Campus am Turm** wurden mit Schuljahresbeginn 2019/2020 im Rahmen der inklusiven Beschulung zwei jahrgangsübergreifende Lerngruppen zur Förderung von SuS mit besonders stark ausgeprägtem sonderpädagogischen Förderbedarf im Förderschwerpunkt Sprache eingeführt. In diesen Gruppen können bis zu 12 SuS in einer temporären Beschulung lernen. Aus diesem Grund wurde eine Reduzierung der Eingangskapazität um 12 SuS vorgenommen.

Darüber hinaus sind bis zum Auslaufen zum Schuljahr 2024/25 zwei LRS-Lerngruppen (Lese-Rechtschreibschwäche) in Klassenstufe 2 und 3 mit jeweils 12 SuS an der Schule verortet.

Aufgrund der ab Sommer 2023 anstehenden Sanierung und des damit verbundenen Auszuges der **Friedensschule** in den Interimsstandort bedarf es keiner Kapazitätsfestlegung für diese Schule.

Bei der **Regionalen Schule Erich Weinert** wurde aufgrund der baulichen Gegebenheiten nach der Sanierung (z. B. Wandvorsprünge, zweiter Fluchtweg) eine Reduzierung der Kapazität in einzelnen Räumen notwendig. Die Maximalkapazität in den Eingangsklassen wurde demnach auf eine Anzahl von 84 auf 82 SuS reduziert.

Bei der **Regionalen Schule Werner von Siemens** und der **Astrid-Lindgren-Schule (Regionalschuleteil)** wurde aufgrund der vorhandenen Raumgrößen die maximale Schülerzahl pro Klasse grundsätzlich auf 26 SuS für alle Klassenstufen reduziert. Zusätzlich wird an beiden Schulen mit Schuljahresbeginn 2023/2024 die große Schulwerkstatt (Klassenstufe 5 bis 7) im Rahmen der esE-Förderung (emotional-soziale Entwicklung) mit einer jahrgangsübergreifenden Lerngruppe eingeführt. In diesen Gruppen lernen bis zu 12 SuS in einer temporären Beschulung. Der Bezug zur Regelklasse bleibt dabei erhalten. Aus diesem Grund wurde eine Reduzierung der Eingangskapazität um jeweils 4 SuS je Klassenstufe vorgenommen. Somit ist gewährleistet, dass im gemeinsamen Unterricht entsprechende Schülerarbeitsplätze temporär zur Verfügung stehen.

Bei der **Integrierten Gesamtschule Bertolt Brecht** bleiben die aus dem Jahre 2013 bereits festgelegten Kapazitäten von 26 SuS pro Klasse bestehen, da keine Änderungen vorgenommen worden sind. Hier erfolgte die Reduzierung aufgrund der räumlichen Situation und bestehenden Kurssystems im Rahmen des Schulprofils der Integrierten Gesamtschule (IGS).

Im Einzelfall ist im Schuleingangsbereich eine 5-Zügigkeit möglich, jedoch nicht durchgängig.

Bei dem Spezialgymnasium **Goethe-Gymnasium** (Musik) wird die Aufnahme der SuS durch Eignungstest selbst reguliert. Zusätzlich zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass die Kapazitätsgrenzen nicht überschritten werden.

Zur Vereinfachung der Darstellung wurden die Kurse in Klasse 11 und 12 mit je 4 Klassen mit jeweils 28 SuS gerechnet.

Aufgrund der ab Sommer 2023 anstehenden Baumaßnahmen und dem damit verbundenen Teilauszug des Spezialgymnasiums **Fridericianum** (Hochbegabung) wird hier vorerst keine Kapazitätsfestlegung vorgenommen.

Im **Sportgymnasium** erfolgt die Aufnahme durch Selbstregulierung im Rahmen der Eignungstests. Auch hier zeigen die Erfahrungen der vergangenen Jahre, dass die vorhandenen Kapazitäten auskömmlich sind.

Die Schulen wurden zu der beabsichtigten Kapazitätsfestlegung angehört. Die Ergebnisse der **Anhörung** fanden im Rahmen des Möglichen Berücksichtigung.

2. Notwendigkeit

Grundsätzlich besteht für die Festlegung der Schulkapazitäten eine Verpflichtung aus dem Schulgesetz M-V und aus der Schulkapazitätsverordnung M-V.

Mit dieser Beschlussvorlage werden Maximalkapazitäten festgelegt, die im Fall eines überschießenden Anwahlverhaltens in einzelnen Schulen einen Handlungsrahmen bilden, um Schülerströme zu steuern und ggf. einen dem Grunde nach einklagbaren Aufnahmeanspruch abzuwehren.

3. Alternativen

keine

4. Auswirkungen

Lebensverhältnisse von Familien:

Die Festsetzung von Schulkapazitäten schafft eine Rechtssicherheit für die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern an der jeweiligen Schule, insbesondere bei überschießenden Anmeldezahlen.

Wirtschafts- / Arbeitsmarkt:

Klima / Umwelt:

Gesundheit:

5. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe:

ja

nein, der Beschlussgegenstand ist allerdings aus folgenden Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse:

Zur Erfüllung der freiwilligen Aufgabe wird folgende Deckung herangezogen:

b) Sind über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen erforderlich?

ja, die Deckung erfolgt aus:

nein.

c) Bei investiven Maßnahmen:

Ist die Maßnahme im Haushalt veranschlagt?

ja, *Maßnahmenbezeichnung (Maßnahmennummer)*

nein, der Nachweis der Veranschlagungsreife und eine Wirtschaftlichkeitsdarstellung liegen der Beschlussvorlage als Anlage bei.

d) Drittmitteldarstellung:

Fördermittel in Höhe von Euro sind beantragt/ bewilligt. Die Beantragung folgender Drittmittel ist beabsichtigt:

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Konsolidierung des aktuellen Haushaltes:

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Konsolidierung künftiger Haushalte:

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

Anlage 1 - Kapazitätsfestlegung für Grundschulen

Anlage 2 - Kapazitätsfestlegung für die weiterführenden Schulen

Anlage 3 - Vergleich Festlegung Kapazitäten

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister